

Industriepolitik in den neuen Bundesländern

Lehren der Vergangenheit, Herausforderungen für die Zukunft

Fachkonferenz am 29. Oktober 2008



Impressum

ISBN: 978-3-86872-042-6

1. Auflage
Copyright by Friedrich-Ebert-Stiftung
Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin
Stabsabteilung

Autor:
Kai Kolwitz

Redaktion:
Dr. Philipp Fink, Cora M. Fritz,
Irin Nickel

Gestaltung:
Werbestudio Zum weissen Roessl,
Schäpe

Druck:
Printed in Germany 2009

Fotonachweise:
Reiner Zensen, Berlin

Industriepolitik in den neuen Bundesländern

**Lehren der Vergangenheit,
Herausforderungen für die
Zukunft**

Fachkonferenz am 29. Oktober 2008

Einleitung

Auch zwanzig Jahre nach dem Mauerfall präsentiert sich die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern noch nicht so wie im Westen. Vor allem das Wegbrechen traditioneller Standorte der DDR-Industrie nach der Wende hat eine Lücke hinterlassen, die nur schwer wieder zu füllen ist: Neuansiedlungen dienen oft nur als „verlängerte Werkbank“. Die Unternehmenszentralen sowie die Bereiche Forschung und Entwicklung bleiben in der Regel an ihren angestammten Standorten im Westen oder im Land des Unternehmenssitzes. Schlecht für den Osten, denn damit entgehen ihm die Bereiche, in denen die höchste Wertschöpfung stattfindet.

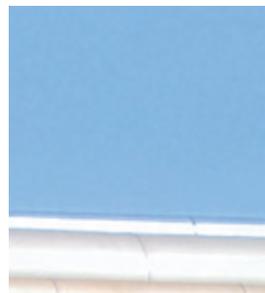
Nachdem sich bis zum Beginn dieses Jahrtausends Hoffnungen vor allem auf den Dienstleistungssektor stützten, ist inzwischen wieder die Erkenntnis Konsens, dass auch eine starke Industrie, produzierendes

und verarbeitendes Gewerbe nötig sind. Nur sie können Arbeitsplätze in großer Zahl bereitstellen, um Arbeitslosenquoten und Lebensstandard dauerhaft zu verbessern.

Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall gibt es aber auch Erfolgsgeschichten zu erzählen. Etwa die der Region Dresden, wo es gelang, den Übergang vom Zentrum der DDR-Mikroelektronik zum Industriestandort für Unternehmen der Computerbranche zu meistern und zu gestalten. Für den Bereich Industriepolitik stellen sich daher in Ostdeutschland viele Fragen: Was könnten Erfolgsrezepte sein, um industrielle Strukturen zu stärken oder wieder zu etablieren? Wo liegen Chancen, die bisher nur unzureichend genutzt wurden? Und wie lässt sich aus Fehlern der Vergangenheit lernen, um Industrieförderung in Zukunft effizienter und effektiver zu gestalten?



Hans Eichel



Historie: Der Start in eine neue Zeit

Mauerfall und Wende waren auch in wirtschaftlicher Hinsicht Ereignisse, die in der Geschichte ohne Vorbild waren: Durch den System- und Währungswechsel brachen der ehemaligen DDR-Industrie nicht nur die traditionellen Absatzmärkte im Osten Europas weg. Sie musste außerdem von einem Tag auf den anderen mit Unternehmen aus dem Westen Deutschlands und dem Bereich der Europäischen Union mithalten können.

Dieser Anpassungsschock war für einen großen Teil der ostdeutschen Industriebetriebe nicht zu leisten, auch wenn es der DDR gelungen war, im Westen ein positives Bild von Standard und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit ihrer Betriebe zu zeichnen. Be-

griffe wie der des damaligen Kanzlers Helmut Kohl von den „blühenden Landschaften“ bezeugen diese weit verbreiteten Fehleinschätzungen. Die Idee, die D-Mark erst dann auch im Osten einzuführen, wenn es gelungen war, die ostdeutsche Wirtschaft besser auf den Übergang vorzubereiten, war politisch nicht durchsetzbar: Der Druck aus der Bevölkerung war zu stark.

Im Zuge der Währungsunion mussten Löhne nun in D-Mark gezahlt werden. Auch wurde das Sozialsystem der Bundesrepublik weitgehend auf die neuen Bundesländer ausgeweitet, ohne dass dafür ein Kapitalstock vorhanden gewesen wäre. Als Folge stiegen die Lohnnebenkosten in der gesamten Bun-



Gerhard Heimpold

desrepublik sprunghaft an – die Position der ehemaligen DDR-Betriebe schwächte das noch zusätzlich. Weitere Probleme ergeben sich bis heute aus der von der DDR politisch gewollten Struktur der Industrie: Es dominierten Großbetriebe mit teils tausenden Mitarbeitern. Diese Produktionseinheiten erwiesen sich im Anpassungsprozess nach der Wende als sehr unflexibel. Kleine und mittlere Unternehmen waren dagegen nur wenig vorhanden. Zudem waren auch die Standorte der Unternehmen oft aus politischen Gründen gewählt worden – Rahmenbedingungen und Infrastruktur waren daher in vielen Fällen nicht optimal für die Produktion.

Im Sommer 1990 übernahm die Treuhandanstalt alle noch nicht umgewandelten volkseigenen Unternehmen der ehemaligen DDR - insgesamt 8500 Gesellschaften mit etwa vier Millionen Beschäftigten in rund 45.000 Betriebsstätten. Das Gesamtportfolio belief sich in Spitzenzeiten sogar auf 14.600 Gesellschaften. Die Aufgabe der Institution war es, die Betriebe zu privatisieren, gegebenenfalls, nachdem sie umstrukturiert und damit besser auf die Marktwirtschaft vorbereitet worden waren. Wo das nicht möglich erschien, wurden Unternehmen „abgewickelt“, also stillgelegt. Vereinzelt ging in solchen Fällen aber auch die Politik ins Risiko, etwa in Sachsen, wo Ministerpräsident Kurt Biedenkopf die Übernahme des ehemaligen VEB Robotron-Mikroelektronik-Kombinats in Dresden und damit den Erhalt des Standortes durchsetzte.

Der Erdsturz blieb nicht ohne Folgen: Bereits im zweiten Halbjahr 1990 sank die Industrieproduktion der ehemaligen DDR auf die Hälfte des Vorjahresstands, innerhalb von sechs Jahren sank die Beschäftigtenzahl im industriellen Bereich um zwei Drittel. Vollerorts wurde statt einer Anpassung ein kompletter Neuaufbau nötig. Industrielle Kerne und das damit verbundene Know How gingen verloren.

Von diesem niedrigen Niveau aus war aber vor allem die Hälfte der Neunziger Jahre in den neuen Ländern von einem schnellen Aufholprozess in Sachen Bruttoinlandsprodukt gekennzeichnet. Auch die Produktivität stieg schnell stark an, allerdings liegt sie derzeit immer noch unter der des Westens. Studien belegen, dass das verarbeitende Gewerbe durchschnittlich seit Ende der Neunziger Jahre in der Gewinnzone ist. Im vergangenen Jahr war es Wachstumsführer in den neuen Ländern, gemeinsam mit verwandten Branchen wie Finanzierung und Unternehmensdienstleistungen. Allerdings hat der Aufholprozess in den letzten Jahren deutlich an Fahrt verloren – neue Rezepte werden gesucht, um das Wachstum weiter zu stimulieren.



Industriepolitik und Fördermaßnahmen in den neuen Bundesländern

Wenn es um Fördermaßnahmen und Industriepolitik geht, stehen sich zwei Ansätze gegenüber: Soll der Staat Strukturen schaffen und selbst gestaltend wirken? Oder soll er sich darauf beschränken, günstige Rahmenbedingungen für Ansiedlungen und das Wachstum bereits am Ort vorhandener Unternehmen zu schaffen? Geht es um Rahmen- oder Prozesspolitik? Und wie viel kann die Politik überhaupt ausrichten?

Auch hier lässt sich ein Wandel der Schwerpunkte im Laufe der Jahre feststellen: Nach der Wiedervereinigung standen zunächst vor allem der Erhalt möglichst vieler Unternehmen und Arbeitsplätze auf der

Tagesordnung, dazu die Anpassung bestehender Betriebe und Strukturen an die neuen Anforderungen. Gefördert wurden daher vor allem Investitionen in Sachkapital: Förderinstrumente wie Investitionszulage und –zuschuss sowie Sonderabschreibungen sollten es bestehenden Unternehmen ermöglichen, ihre veralteten Maschinen und Werkzeuge durch effizientere zu ersetzen. Gleichzeitig dienten sie als Lockmittel, um auswärtige Unternehmen dazu zu motivieren, Niederlassungen in den neuen Bundesländern zu gründen.

Parallel investierten Staat, Länder und Kommunen massiv in die Infrastruktur. Sie bauten Autobahnen, modernisierten Verkehrswege und erschlossen Ge-



Jens Bullerjahn

werbegebiete, nicht zuletzt, um möglichst günstige Rahmenbedingungen für industrielle Produktion zu schaffen. Rein von den Basisdaten her erreichten diese Maßnahmen auch ihre Ziele: In Sachen Infrastruktur ist fast alles erledigt, was als notwendig erachtet wird. Auch die Förderung von Investitionen in Produktionsmittel erwies sich als erfolgreich: Das Verhältnis von Sachkapital zu Arbeitsplatz liegt heute in Ostdeutschland höher als im Westen, die Ausstattung der ostdeutschen Produktionsstandorte ist im Mittel moderner als in den alten Bundesländern.

Allerdings zeigte sich im Lauf der Jahre, dass nennenswerte Mitnahmeeffekte zu verzeichnen waren – dass man also Investitionen gefördert hatte, die es auch ohne die Zuschüsse gegeben hätte. Außerdem waren andere Faktoren vernachlässigt worden. So fehlte es an Fachkräften, da in mageren Jahren in vielen Branchen zu wenige ausgebildet worden waren. Auch fehlte es an Dynamik im Bereich Forschung und Entwicklung – und damit an Grundlagen, um neue Produkte zu entwickeln und sich in neu aufkommenden Technologiebereichen zu positionieren.

Nach Erhalt und Anpassung ist damit in den letzten Jahren immer mehr das Thema Gestaltung ins Blickfeld von Industriepolitik und –förderung gerückt. Zukunftsbranchen sollen gezielt gestärkt werden, etwa Solarenergie, Biotechnologie oder Life Science. Es wird erwartet, dass es Unternehmen und Standorten in diesen jungen Industriezweigen leichter fallen sollte, an die Spitze vorzudringen, als es in Branchen mit langer Tradition und vielen starken Wettbewerbern möglich wäre. Außerdem erwartet man in den neuen Industriesegmenten eine dynamischere Entwicklung.

Allerdings knüpfen sich auch an diese Strategie viele Fragen: Wie lässt sich heute schon voraussagen, wel-

che Bereiche die größten Potentiale besitzen? Wäre es sinnvoller, vorhandene Kerne zu stärken oder sollte man versuchen, auf der „grünen Wiese“ etwas völlig Neues zu schaffen? Immer wieder wird auch darauf hingewiesen, etablierte Branchen wie Automobilbau oder Chemie nicht zu vernachlässigen. Zwar seien hier die Claims schon abgesteckt, doch seien sie trotzdem unverzichtbar – zum einen als Partner der innovativen Neugründungen, zum anderen als Fundament für die Entwicklung von Industriestandorten.

Nicht nur Positives gibt es, was die Organisation der Förderung angeht: Unternehmen klagen, in den vergangenen Jahren seien so viele Fördermöglichkeiten geschaffen worden, dass es schwer falle, den Überblick zu behalten. Im Dickicht mehrerer hundert einzelner Fördermöglichkeiten verlören gerade die Verantwortlichen kleinerer Betriebe die Übersicht. Auch der bürokratische Aufwand für die Förderanträge sei oft nicht machbar.

Als weitere Herausforderung für die Zukunft kommt hinzu, dass sich die neuen Länder darauf einstellen müssen, in Zukunft mit weniger Fördermitteln auszukommen: Aus dem Solidarpakt II werden im Jahr 2019 nur noch 20 Prozent der Infrastrukturmittel zur Verfügung stehen, die 2005 überwiesen wurden. Auch die Förderung aus dem EU-Infrastrukturfonds wird in den kommenden Jahren zurückgefahren. So tut eine Fokussierung der Maßnahmen Not. Außerdem gilt es, Instrumente zu finden, die mit möglichst geringem Einsatz möglichst viel Ertrag schaffen – revolvingende Fonds etwa, die nach einer Anschubfinanzierung aus den Erträgen der geförderten Unternehmen wieder gefüllt werden sollen.

Ansatzpunkte: Forschung und Entwicklung

Forschung und Entwicklung sind essentiell für wirtschaftliches Wachstum. Sie geben Anstöße für die Entwicklung neuer Produkte, schaffen neue Geschäftsfelder und die Basis für Unternehmensneugründungen – gerade in neuen, zukunftssträchtigen Wirtschaftsbereichen. Allerdings leiden die neuen Bundesländer auch hier an ihrer speziellen Unternehmensstruktur: Die Großbetriebe aus DDR-Zeiten, in denen geforscht und entwickelt wurde, existieren zum größten Teil nicht mehr. Die verbliebenen und neu gegründeten Ost-Unternehmen sind oft zu klein, um aufwändige Entwicklungsarbeit oder sogar Grundlagenforschung leisten zu können. An den Standorten, die westliche oder ausländische Unternehmen nach der Wende in den neuen Ländern etabliert haben, werden in der Regel nur Produkte

gefertigt, die anderswo entwickelt wurden. Die Forschungsabteilungen befinden sich weiterhin dort, wo sie vor der Wende auch schon waren. Dieser Teil der Wertschöpfung bleibt den neuen Bundesländern damit vielfach verschlossen – und auch die Ausstrahlung forschender Großunternehmen auf die kleineren Firmen in der Region.

In Zahlen gefasst, bedeutet das: Während westdeutsche Unternehmen etwa 1,9 Prozent ihres Umsatzes in Forschung und Entwicklung investieren, ist es in Ostdeutschland nur ein Prozent. Auch der Anteil der Mitarbeiter in den Bereichen ist nur halb so hoch wie in den alten Bundesländern – insgesamt 23.000 Menschen. Zu DDR-Zeiten waren es noch 86.000 gewesen.



von links nach rechts:
Mirko Titze,
Thomas Hofmann,
Jens Bullerjahn

Um diesen Mangel zu kompensieren, hat universitäre und staatlich finanzierte Forschung in den neuen Bundesländern einen deutlich größeren Stellenwert erhalten: Nach der Wende wurden die Hochschulen gestärkt und zahlreiche außeruniversitäre Forschungseinrichtungen angesiedelt. Der Anteil, den Staat und Hochschulen an der anwendungsorientierten Forschung haben, ist fast doppelt so hoch wie im Westen.

Woran es allerdings noch fehlt, ist die Transformation der an diesen Institutionen betriebenen Forschung in die Wirtschaft. Auch scheint den Verantwortlichen in vielen Unternehmen nicht bewusst zu sein, dass Kooperationen und Joint Ventures mit Forschungseinrichtungen denkbar und hilfreich wären. Hier versucht die Politik, den Austausch zu befruchten: Netzwerke und Initiativen sollen Forschungseinrichtungen und Unternehmen ins Gespräch bringen.

Auch mit der Zahl der Unternehmensgründungen im Umfeld von Hochschulen und Forschungseinrich-

tungen sind die Verantwortlichen nicht zufrieden. Deshalb gibt es einige Ansätze, potentiellen Gründern den Anfang zu erleichtern: Sachsen-Anhalt etwa hat eine landeseigene Beteiligungsgesellschaft gegründet, um Kapital bereitstellen zu können. Im Gegenzug sollen die Beteiligungen dafür sorgen, dass das Land von Erfolgen profitieren kann. Auch das Programm „Unternehmen Region“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung fördert in den Neuen Ländern innovative Gründungen, Netzwerke und die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Unternehmen.

Trotz aller Schwierigkeiten gibt es nicht wenige erfolgreiche Gründungen in den neuen Bundesländern. Allerdings gibt es auch den Effekt, dass innovative, junge Unternehmen von größeren Firmen geschluckt werden, sobald sie eine bestimmte Größe erreicht haben. Die Verwurzelung in der Gründungsregion nimmt dann oft spürbar ab – in wirtschaftlicher wie auch in gesellschaftlicher Hinsicht.



von links nach rechts:
Hans Eichel,
Henning Klodt,
Heinz Hoffmann

Ansatzpunkte: Cluster und Vernetzung

Da die Großbetriebe der DDR in der Regel nicht selbstständig erhalten werden konnten, dominieren bei den Unternehmen in ostdeutscher Hand die kleinen: Im verarbeitenden Gewerbe hat der durchschnittliche Betrieb zwölf Mitarbeiter, während es im Westen 61 sind. Viele der kleinen Einheiten in den neuen Bundesländern sind zudem aus der Not heraus geboren. Für die Gründer hatte sich oft die Frage gestellt, in die Selbstständigkeit zu gehen oder arbeitslos zu sein.

Daher liegt der Gedanke nahe, fehlende Größe durch stärkere Vernetzung zu kompensieren. Zum einen die der Unternehmen untereinander, zum anderen die der Wirtschaft mit Wissenschaft und Politik. Die Logik dahinter: Wer sich kennt, kann sich gegenseitig befruchten, von den Stärken des Ande-

ren profitieren, gemeinsame Projekte aufsetzen und Probleme in der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Politik unbürokratisch lösen.

So gibt es Netzwerke und gemeinsame Initiativen in großer Zahl im Osten. Rund zwei Drittel davon sind in irgendeiner Form öffentlich gefördert. Um den Erfolg der Bemühungen abschließend zu beurteilen, ist es allerdings in den meisten Fällen noch zu früh. Und auch mit Netzwerken und Clustern verbinden sich Fragen: Was verspricht mehr Erfolg? Sollte man sich auf eine Branche fokussieren und versuchen, diese in einer Region zum Erfolg zu machen? Oder sollte man besser branchenübergreifend Unternehmen und Einrichtungen an einen Tisch bringen und hoffen, dass Innovationskraft von einem Segment auf das nächste überspringt?



Dirk Hilbert



Die Region Dresden steht dafür, wie sich solche Cluster entwickeln können: Aufbauend auf dem aus DDR-Zeiten vorhandenen Know-How im Bereich Mikroelektronik gelang es in den Neunzigern, einige große Investoren in die Stadt zu holen. Diese wiederum stärkten im Lauf der Zeit massiv den Mittelstand: So stieg die Zahl der Unternehmen im Mikroelektronik-Bereich nach den Erhebungen der Stadt zwischen 2002 und 2007 von 760 auf 1200. Gut 24.000 neue Arbeitsplätze wurden geschaffen, die meisten davon in kleineren Unternehmen.

Um den Standort weiter zu entwickeln, wurden weitere Projekte angeschoben. So besitzt Dresden inzwischen betriebsübergreifende Ausbildungseinrichtungen für Facharbeiter im Mikroelektronikbereich. Auch betreibt man gemeinsames Marketing und holt führende Messen und Kongresse in die Stadt.

Allerdings stellt sich in diesem Zusammenhang auch die Frage nach den Grenzen der politischen Möglich-

keiten: Immer wieder wird betont, dass erfolgreiche Wachstumskerne oft auch beeinflusst waren von glücklichen Umständen, einzelnen Unternehmensansiedlungen oder der Tatsache, dass bestimmte Branchen schon seit DDR-Zeiten in der Region verankert waren. Ebenfalls häufig angemerkt wird, dass Netzwerke keine Selbstläufer sind. Bemängelt wird, dass es nicht immer gelingt, solche Initiativen mit Inhalt zu füllen. Die Beteiligten lässt so etwas in der Regel schnell das Interesse verlieren.

Sicher ist dagegen, dass Vernetzung nicht an den Stadtgrenzen aufhören muss: Gewollt ist auch die überregionale Zusammenarbeit von Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen mit passenden Tätigkeitsschwerpunkten. Mecklenburg-Vorpommern kooperiert im Bereich Life Science sogar grenzüberschreitend – mit den Regionen Lundt und Kopenhagen.



Ansatzpunkte: Der Faktor Qualifikation

Angesichts der Arbeitslosenquote mag es verwundern, was viele ostdeutsche Unternehmen als eins der Haupthemmnisse weiteren Wachstums nennen: den Mangel an qualifiziertem Personal. Die neuen Bundesländer kämpfen hier gleich mit mehreren Problemen: Zum einen wandern vor allem junge, gut qualifizierte Menschen in die alten Bundesländer ab. Zum anderen fällt es schwer, Fachkräfte aus dem Westen dazu zu motivieren, in den Osten zu kommen, oder Studenten dazu, nach dem Studium im Osten zu bleiben. Vom vorhandenen Know How ist seit der Wende vieles weggebrochen – gerade in sich schnell erneuernden Branchen wie der Mikroelektronik.

Rund 50 000 Menschen kehren pro Jahr per Saldo dem Osten den Rücken, davon deutlich mehr Frauen als Männer. Hinzu kommt die demographische Entwicklung: Schon heute ist zum Beispiel jeder vierte Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns 60 Jahre oder älter, die generelle Alterung der Gesellschaft dürfte den Mangel an jungen Fachkräften in den kommenden Jahren noch verschärfen.

Deshalb gibt es auch Stimmen, die fordern, den Zuzug von Fachkräften aus den neuen EU-Staaten im Osten schon früher als geplant zuzulassen. Kritiker argumentieren hier allerdings, dass diese dann wohl direkt in die alten Bundesländer ziehen würden – der besseren Bezahlung wegen.



Wolfgang Blank

Denn das Lohnniveau ist in den neuen Bundesländern niedriger als im Westen. Die wirtschaftliche Lage vieler Unternehmen lässt ein Wettbieten mit der West-Konkurrenz um Arbeitskräfte nicht zu. Deshalb konzentrieren sich die Bemühungen darauf, die Schul- und Qualifikationssysteme weiter zu verbessern, um noch mehr Möglichkeiten zu schaffen, qualifiziertes Personal vor Ort ausbilden zu können. Wünschenswert ist dabei ein weiterer Umbau der bestehenden Förderinstrumente vom Sachkapital hin zu Qualifizierung und Aus- und Weiterbildung.

Bei Studierenden sind die ostdeutschen Universitäten wegen der modernen Ausstattung und des guten

Verhältnisses zwischen Lehrenden und Studenten bereits schon jetzt ausgesprochen beliebt. Allerdings gelingt es nicht oft genug, Absolventen auch nach deren Abschluss in den Neuen Ländern zu halten. Dabei scheint es den neuen Bundesländern noch nicht ausreichend zu gelingen, ihre Standortvorteile ins Bewusstsein der potentiellen Zuzügler zu bringen: Kindergarten- und Schulsysteme etwa sind denen im Westen oft überlegen. Wegen der sehr guten Betreuungssysteme lassen sich an vielen Standorten Familie und Beruf besser vereinbaren als in den alten Bundesländern. Offenbar sind diese Fakten allerdings noch nicht bekannt genug oder scheinen als Anreiz nicht auszureichen.

Ansatzpunkte: Weiche Standortfaktoren

In Sachen Infrastruktur hat der Osten, bis auf wenige verbliebene Restprojekte, seine Hausaufgaben gut gemacht. Dazu zählen vor allem die Verkehrswege, die inzwischen umfassend erneuert und ausgebaut sind. Eine Erfolgsgeschichte, auch wenn es Fehleinschätzungen gab – etwa bei den Flughäfen, bei denen auf zu viele kleinere Standorte gesetzt wurde, statt sich auf wenige große zu fokussieren. In Sachen Städtebau ist ebenfalls viel geschehen – deutlich sichtbar, auch wenn der Prozess noch nicht am Ende ist.

Neben diesen harten Standortfaktoren werden aber immer wieder auch weiche Faktoren genannt, mit denen die neuen Bundesländer punkten können. Einer von ihnen ist die traditionell größere Akzeptanz

für Industrieansiedlungen in der Bevölkerung, die noch aus Zeiten der DDR-Kombinate stammt. Zum Tragen kommt das am stärksten an den alten Industriestandorten aus Vor-Wende-Zeiten, etwa der Maschinenbauregion um Chemnitz, der Chemieregion in Sachsen-Anhalt oder der Region Eisenhüttenstadt mit seiner Stahlindustrie. Am besten verlief der Übergang überall dort, wo die alten Strukturen nicht komplett wegbrachen. Beispiele sind Dresden oder auch Schwedt, wo die Raffinerie mit immerhin noch 1400 von ehemals 8000 Arbeitsplätzen erhalten werden konnte. Um sie herum gruppieren sich inzwischen weitere rund 80 Unternehmen. In Frankfurt/Oder als Beispiel für einen anderen Lauf der Dinge war zwar ein Neubeginn nötig, da das Know How im Umfeld



des DDR-Halbleiterwerks zu lange brachlag. Doch auch hier gibt es vielversprechende Ansätze im Bereich Photovoltaik und Biotechnologie.

Was Umwelt- und Klimaschutz als Standortfaktoren angeht, werden positive und negative Aspekte genannt. Zu viel davon gefährde Ansiedlungen, mahnen einige. Andererseits bieten sich auch neue Chancen, etwa durch den Boom der alternativen Energien. Und: Verteuern sich Kraftstoff und damit Transportkosten, dann verschieben sich Wirtschaftlichkeitsrechnungen. Dann kann es sinnvoll werden, bereits bestehenden Fertigungen neue zur Seite zu stellen, um Frachtkosten zu sparen. BMW in Leipzig etwa hat dem Fahrzeugwerk aus diesem Grund inzwischen ein Presswerk zur Seite gestellt.

Um hier Industrieansiedlungen zu fördern, gibt es Stimmen, die fordern, auch da bewusst in die Lücke zu springen, wo es andernorts bereits Schwierigkeiten gegeben hat. Ein Beispiel bildet das DHL-Drehkreuz am Flughafen Leipzig-Halle: DHL zog von Brüssel aus um, weil es im Gegensatz zum alten Standort möglich war, eine Nachtfluggenehmigung zu bekommen. Man müsse sich zur Industrie bekennen und Beeinträchtigungen in Kauf nehmen, argumentieren die Befürworter solcher Ansiedlungen.

Insgesamt gehe es darum, die Hürden für Ansiedlungen und Erweiterungen von Produktion möglichst niedrig zu halten. Für Politik und Verwaltung bedeute das, Spielräume zu nutzen und sich als Dienstleister zu verstehen, um Unternehmen entgegenzukommen. Insgesamt sehen hier viele Chancen, sich im Wettstreit der Standorte besser zu positionieren als andere.

Wie so etwas gehen kann, zeigt das Beispiel Dresden: Hier hat man gute Erfahrungen mit Fallmanagern in der Wirtschaftsförderung gemacht, die als einheit-

licher Ansprechpartner für „ihre“ Unternehmen dienen. So übernehmen sie zum Beispiel bei Genehmigungsverfahren die Koordination und dienen als erste Adresse bei allen Behördenangelegenheiten.

Allerdings zeigt die Vergangenheit, dass das Konzept „Spielräume nutzen“ auch dazu führen kann, dass Grenzen überschritten werden. Etwa im Fall des damaligen sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf, der Beihilfen für die Ansiedlung an VW auszahlte, obwohl die EU-Kommission das untersagt hatte. Das VW-Werk wurde allerdings gebaut und produziert.



Perspektiven

Die Diskussion um die Re-Industrialisierung Ostdeutschlands zeigt vor allem eins: Es braucht einen langen Atem. Zwar lassen sich auch heute schon Erfolgsmodelle besichtigen, doch scheint klar zu sein, dass sich die neuen Bundesländer industriell nur aus sich selbst heraus erneuern können – auch wenn Ansiedlungen auswärtiger Unternehmen notwendig und gern gesehen sind.

Bei den Beteiligten hat sich weitgehend die Erkenntnis durchgesetzt, dass man Geduld haben muss: Eine Struktur der kleineren, mittleren und großen Unternehmen wie in westdeutschen Regionen wird sich wohl nur langsam entwickeln. Eine Großindustrie lässt sich nicht anwerben, sondern nur langsam selbst „züchten“. Die Entwicklung eines wirklich flächendeckenden Mixes dürfte eher eine Frage von Jahrzehnten als eine von Jahren sein.



Jutta Günther



Wie das jüngste Beispiel der Insolvenz von Quimonda in Dresden zeigt, scheint es einen Königsweg hin zur weiteren Re-Industrialisierung Ostdeutschlands nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht zu geben. Nötig ist deshalb die kontinuierliche Arbeit an vielen Themenfeldern: Wie lassen sich Größenprobleme der Ost-Unternehmen kompensieren, so dass auch kleinere Firmen in die Lage versetzt werden, in Sachen Forschung und Entwicklung konkurrenzfähig zu werden? Wie schafft man wissens- und kapitalintensivere Produktion und steigert damit die Wertschöpfung? Welcher Weg ist zu bevorzugen: Die Schaffung von Clustern, wie etwa der Mikroelektronikregion Dresden? Oder heterogene Strukturen, die weniger abhängig sind vom Wohl und Wehe einer bestimmten Branche? Und nicht zuletzt: Wie lässt sich das Fehlen von qualifiziertem Personal beheben?

Klar ist, dass dabei auch soziale Faktoren nicht vernachlässigt werden dürfen: Die Abwanderung

verschärft den Fachkräftemangel, lässt Strukturen des Zusammenlebens erodieren und verringert die Nachfrage nach in den Neuen Bundesländern produzierten Gütern. Reicht es hier aus, die Stärken des Ostens besser herauszustellen oder was muss noch getan werden, um Städte wie Leipzig, Magdeburg oder Frankfurt/Oder auch zur Option für Zuzügler aus den alten Bundesländern zu machen?

Nötig sind wohl eine Fülle kleiner Schritte, verschiedener Ansätze und die stetige Evaluation und Anpassung an wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen. Dabei sollten sich die neuen Bundesländer nicht allein an den alten orientieren, sondern auch eigene Wege suchen und global denken. Denn ein Aufbau Ost muss auch in industrieller Hinsicht mehr sein als ein Nachbau West.



von links nach rechts:
Dirk Hilbert,
Mike Bischoff,
Alfred Pfaller,
Klaas Hübner,
Karl-Heinz Paqué,
Wolfgang Blank

Industriepolitik in den neuen Bundesländern – Lehren der Vergangenheit, Herausforderungen für die Zukunft

29. Oktober 2008, im Europacenter, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

Begrüßung und Moderation	Hans Eichel , MdB, Bundesminister a.D.
Eröffnungsvortrag	Industriepolitik in Ostdeutschland: Bilanz des Vergangenen und die Herausforderungen von Morgen Dr. Gerhard Heimpold , Leiter des Forschungsschwerpunkts „Regionale Entwicklung, interregionale Ausgleichsmechanismen und Arbeitsmärkte“, IWH Halle/Saale
Podiumsdiskussion	Was sind die industriepolitischen Herausforderungen und Handlungsoptionen für Ostdeutschland? Jens Bullerjahn , Minister für Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt Heinz Hoffmann , IG-Metall Bezirksleitung Berlin-Brandenburg Dr. Thomas Hofmann , Hauptgeschäftsführer der IHK zu Leipzig Prof. Dr. Henning Klodt , Leiter des Zentrums Wirtschaftspolitik, IfW Kiel Dr. Mirko Titze , Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abt. Strukturökonomik, IWH Halle/Saale
Vortrag	Der Siegeszug der Mikroelektrik in Dresden Dirk Hilbert , Bürgermeister der Stadt Dresden
Vortrag	Auf dem Weg zum Life Science und Gesundheitsstandort - das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern Dr. Wolfgang Blank , Geschäftsführer der BioCon Valley, Greifswald
Podiumsdiskussion	Was kann aus diesen erfolgreichen Beispielen gelernt werden? Mike Bischoff , MdL Brandenburg, Stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion Dr. Wolfgang Blank , Geschäftsführer der BioCon Valley, Greifswald Dirk Hilbert , Bürgermeister der Stadt Dresden Klaas Hübner , MdB, Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué , Staatsminister a.D., Leiter des Lehrstuhls Volkswirtschaftslehre, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
	Moderation: Dr. Alfred Pfaller , Gesellschaftspolitischer Berater der Friedrich-Ebert-Stiftung
Zusammenfassung der Diskussion	Dr. Jutta Günther , Leiterin der Abt. Strukturökonomik, IWH Halle/Saale

ISBN: 978-3-86872-042-6